

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Boroffka, Spranger, Dr. Riesenhuber, Volmer, Lorenz, Straßmeir, Kittelmann, Frau Berger (Berlin), Dolata, Schulze (Berlin), Buschbom, Bahner, Kalisch, Lenzer, Dr. Laufs, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Bugl, Gerstein, Jäger (Wangen), Dr. Hüscher, Neuhaus, Dr. Stavenhagen, Kolb, Kraus, Prangenberg und der Fraktion der CDU/CSU

Drohende Verschlechterung der Luftqualität in Berlin (West) durch Kraftwerksbau in der DDR

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Informationen hat die Bundesregierung seit Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR über Fragen der Luftverunreinigung ausgetauscht, und welche Erkenntnisse hat sie über Belastungen der Luft mit Schadstoffen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) aus Emissionsquellen in der DDR?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Informationsaustausch zu verbessern, und über welche Schritte zur Verbesserung der Luftreinhaltung hat sie mit der DDR mit welchen Ergebnissen bisher verhandelt?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß die Feuerungsleistungen und Emissionen an SO₂ und Staub der Kraftwerke in der näheren Umgebung von Berlin (West) und der großen Braunkohlekraftwerke in Sachsen und in der Niederlausitz sind?
4. Welche Schutzmaßnahmen gegen schädliche Emissionen (insbesondere SO₂ und Staub) sind bei den vorhandenen Kohlekraftwerken der DDR installiert, und welche sind für die Neubauten vorgesehen?

Bonn, den 14. Januar 1982

Unterschriften und Begründung umseitig

Boroffka	Dr. Laufs
Spranger	Dr. Probst
Dr. Riesenhuber	Engelsberger
Volmer	Dr. Bugl
Lorenz	Gerstein
Straßmeir	Jäger (Wangen)
Kittelmann	Dr. Hüsch
Frau Berger (Berlin)	Neuhaus
Dolata	Dr. Stavenhagen
Schulze (Berlin)	Kolb
Buschbom	Kraus
Bahner	Prangenberg
Kalisch	Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion
Lenzer	

Begründung

Nach mehrfachen Mitteilungen des Senats von Berlin ist das Gebiet von Berlin (West) (ausgewiesen als Belastungsgebiet nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz) als hochbelastet zumindest im Hinblick auf die Leitkomponente Schwefeldioxid (SO_2) anzusehen. Bis zu 25 v. H. der SO_2 -Belastung, in einzelnen Stadtgebieten zeitweise sogar bis zu 50 v. H., resultieren dabei aus Emissionsquellen, deren Standort sich außerhalb von Berlin (West) befindet. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um drei Kraftwerke im Stadtgebiet Berlin (Ost) sowie um Großkraftwerke auf Braunkohlebasis südlich von Berlin.

Nun ist bekanntgeworden, daß die DDR beabsichtigt, weitere Großkraftwerke auf Braunkohlebasis zu errichten (geplante Kapazität um 5000 MW), deren Emissionen zu einer weiteren erheblichen Verschlechterung der Luftsituation in Berlin führen werden. Andererseits ist durch das Genfer Übereinkommen vom 13. November 1979 im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) (vgl. BR-Drucksache 421/81) eine Möglichkeit eröffnet, auf die DDR dahin gehend einzuwirken, daß sie sowohl diesbezüglich relevante Informationen zur Verfügung stellt (Artikel 8 des Übereinkommens) als auch emissionsmindernde Technologien anwendet (Artikel 6).

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß in Berlin (West) große Anstrengungen – mit entsprechenden Kosten – unternommen werden, die Emission von SO_2 zu reduzieren (Rauchgaswäsche im Kraftwerk Lichterfelde im Bau, im geplanten 600 MW-Kraftwerk Reuter-West vorgesehen; Fernwärmeausbau zur Reduzierung von Einzelfeuerstellen). Es stellt sich daher die Frage, ob nicht auch die DDR in die Pflicht genommen werden kann, ihrerseits entsprechende, emissionsmindernde Maßnahmen vorzunehmen oder zumindest für die Kraftwerksneubauten vorzusehen.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Boroffka, Spranger, Dr. Riesenhuber, Volmer, Lorenz, Straßmeir, Kittelmann, Frau Berger (Berlin), Dolata, Schulze (Berlin), Buschbom, Bahner, Kalisch, Lenzer, Dr. Laufs, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Bugl, Gerstein, Jäger (Wangen), Dr. Hüscher, Neuhaus, Dr. Stavenhagen, Kolb, Kraus, Prangenberg und der Fraktion der CDU/CSU

Drohende Verschlechterung der Luftqualität in Berlin (West) durch Kraftwerksbau in der DDR

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Informationen hat die Bundesregierung seit Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR über Fragen der Luftverunreinigung ausgetauscht, und welche Erkenntnisse hat sie über Belastungen der Luft mit Schadstoffen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) aus Emissionsquellen in der DDR?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Informationsaustausch zu verbessern, und über welche Schritte zur Verbesserung der Luftreinhaltung hat sie mit der DDR mit welchen Ergebnissen bisher verhandelt?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß die Feuerungsleistungen und Emissionen an SO_2 und Staub der Kraftwerke in der näheren Umgebung von Berlin (West) und der großen Braunkohlekraftwerke in Sachsen und in der Niederlausitz sind?
4. Welche Schutzmaßnahmen gegen schädliche Emissionen (insbesondere SO_2 und Staub) sind bei den vorhandenen Kohlekraftwerken der DDR installiert, und welche sind für die Neubauten vorgesehen?
- 5.a) Sind der Bundesregierung die Pläne der DDR bekannt, in den nächsten Jahren Kraftwerksneubauten auf Braunkohlebasis zu errichten?
 - b) Wo werden nach Kenntnis der Bundesregierung diese Kraftwerke errichtet werden?
 - c) Welche Kapazitäten werden diese Kraftwerke haben?
 - d) Wann ist mit der Inbetriebnahme zu rechnen?

- e) Welche schädlichen Emissionen (insbesondere SO₂ und Staub) werden von diesen Kraftwerken ausgehen?
6. In welchem Umfang werden diese Emissionen auch das Gebiet von Berlin (West) belasten? In welchem Umfang ist das Gebiet von Berlin (West) schon heute durch Kraftwerksemissionen der DDR belastet?
7. Haben die Bundesminister Franke und Graf Lambsdorff bei ihren Gesprächen im Dezember 1981 mit Regierungsmitgliedern der DDR auch das Problem der Luftverunreinigung durch Schadstoff-Emissionen durch in der DDR gelegene Kraftwerke angesprochen und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?
8. In welchem Rahmen und in welchem Umfang beteiligt sich die DDR als Unterzeichnerstaat der KSZE-Schlußakte von Helsinki an internationalen Bestrebungen, „weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung“ im Sinne des Genfer Übereinkommens vom 13. November 1979 zu vermindern?

Bonn, den 14. Januar 1982

**Boroffka
Spranger
Dr. Riesenhuber
Volmer
Lorenz
Straßmeir
Kittelmann
Frau Berger (Berlin)
Dolata
Schulze (Berlin)
Buschbom
Bahner
Kalisch
Lenzer
Dr. Laufs
Dr. Probst
Engelsberger
Dr. Bugl
Gerstein
Jäger (Wangen)
Dr. Hüsch
Neuhaus
Dr. Stavenhagen
Kolb
Kraus
Prangenberg
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

Begründung

Nach mehrfachen Mitteilungen des Senats von Berlin ist das Gebiet von Berlin (West) (ausgewiesen als Belastungsgebiet nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz) als hochbelastet zumindest im Hinblick auf die Leitkomponente Schwefeldioxid (SO_2) anzusehen. Bis zu 25 v. H. der SO_2 -Belastung, in einzelnen Stadtgebieten zeitweise sogar bis zu 50 v. H., resultieren dabei aus Emissionsquellen, deren Standort sich außerhalb von Berlin (West) befindet. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um drei Kraftwerke im Stadtgebiet Berlin (Ost) sowie um Großkraftwerke auf Braunkohlebasis südlich von Berlin.

Nun ist bekanntgeworden, daß die DDR beabsichtigt, weitere Großkraftwerke auf Braunkohlebasis zu errichten (geplante Kapazität um 5 000 MW), deren Emissionen zu einer weiteren erheblichen Verschlechterung der Luftsituation in Berlin führen werden. Andererseits ist durch das Genfer Übereinkommen vom 13. November 1979 im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) (vgl. BR-Drucksache 421/81) eine Möglichkeit eröffnet, auf die DDR dahin gehend einzuwirken, daß sie sowohl diesbezüglich relevante Informationen zur Verfügung stellt (Artikel 8 des Übereinkommens) als auch emissionsmindernde Technologien anwendet (Artikel 6).

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß in Berlin (West) große Anstrengungen – mit entsprechenden Kosten – unternommen werden, die Emission von SO_2 zu reduzieren (Rauchgaswäsche im Kraftwerk Lichterfelde im Bau, im geplanten 600 MW-Kraftwerk Reuter-West vorgesehen; Fernwärmeausbau zur Reduzierung von Einzelfeuerstellen). Es stellt sich daher die Frage, ob nicht auch die DDR in die Pflicht genommen werden kann, ihrerseits entsprechende, emissionsenkende Maßnahmen vorzunehmen oder zumindest für die Kraftwerksneubauten vorzusehen.

